

Atombehörde strafft Regeln für Sicherheit

Eigenbericht der „Presse“ von HILDE SALTZ

WIEN. In einer ersten Bilanz nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl nahm die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA) eine Reihe von Maßnahmen zur Erhöhung der Reaktorsicherheit in Angriff: Experten werden dringlich Verträge zur umfassenden Information bei und Kooperation nach Reaktorunfällen erarbeiten. Innerhalb von drei Monaten soll eine Analyse des Unfalls vorliegen. Eine Regierungskonferenz wird die atomare Sicherheit in allen ihren Aspekten behandeln.

In dem in der Nacht zum Donnerstag verabschiedeten Schlußdokument der Sondersitzung des 35-köpfigen Gouverneursrates der Atombehörde wurde der Generaldirektor beauftragt, Empfehlungen für weitere Aktivitäten der Atomenergiebehörde zur Erhöhung der Sicherheit der Nutzung von Atomenergie zu machen.

Auf einer Konferenz sollen auf Regierungsebene zudem allgemeine Fragen der Reaktorsicherheit erörtert werden. Die beiden vorgesehenen Verträge betreffen die frühzeitige Information über Zwischenfälle und die Zusammenarbeit bei der Schadensbehebung.

IAEA-Generaldirektor Hans Blix erinnerte vor Journalisten daran, daß es bisher weltweit keine bindenden Informationsnormen gebe. „Die Sowjetunion stand daher unter keiner legalen

Verpflichtung, eine Frühwarnung zu geben“, sagte Blix zur verspäteten Bekanntgabe des Reaktorunfalls.

Die nun von internationalen Expertenteams auszuarbeitenden Richtlinien könnten sich, so Blix, an bereits bestehenden bilateralen Verträgen orientieren, wie sie bereits unter anderem zwischen der Tschechoslowakei und Österreich, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland und den nordischen Ländern bestünden.

Lobend hob Blix abschließend die sowjetische Kooperationsbereitschaft mit der IAEA hervor. Jetzt liege es an den 112 Mitgliedsländern der Atomenergiebehörde, die Sicherheitsmaßnahmen zu verstärken, sagte Blix. Denn: Man müsse bereits an die nächste Generation neuer Reaktoren denken.

Hintergrund Seite 3